



# Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein  
5. April 2018  
Deutsch  
Original: Englisch

---

## Erklärung der Präsidentschaft des Sicherheitsrats

Auf der 8223. Sitzung des Sicherheitsrats am 5. April 2018 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Die Situation in Burundi“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat ist nach wie vor zutiefst besorgt über die Situation in Burundi in dieser Hinsicht. Er verweist auf seine Erklärung S/PRST/2017/13.

Der Sicherheitsrat begrüßt und unterstützt das von der Afrikanischen Union auf ihrem 30. Gipfeltreffen und von der Ostafrikanischen Gemeinschaft auf ihrem 19. Gipfeltreffen erneuerte Bekennt



Der Sicherheitsrat nimmt mit Anerkennung Kenntnis von der Bereitschaft der Afrikanischen Union, das Hochrangige Komitee der Staatsoberhäupter für Burundi zum Einsatz zu bringen.

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis. Der Sicherheitsrat betont, wie wichtig die Durchführung des Abkommens von Arusha ist, fordert die burundischen Behörden auf, alle politischen Initiativen durch einen breiten Konsens aller Interessenträger einzuleiten, was ein Politik- und Sicherheitsumfeld erfordert, das bei allen politischen Akteuren Vertrauen erweckt, und bekundet in dieser Hinsicht seine nachdrückliche Unterstützung für den von der Afrikanischen Union auf ihrem 30. Gipfeltreffen gefassten Beschluss. Der Sicherheitsrat erklärt, dass es der vollständigen Herstellung dieser Bedingungen vor geplanten politischen Initiativen bedarf.



der Afrikanischen Union nach einer raschen Unterzeichnung der Vereinbarung betreffend die Tätigkeit der Menschenrechtsbeobachterinnen und -beobachter und der Militärsachverständigen der Afrikanischen Union, die es diesen ermöglichen wird, bei der Erfüllung ihrer mandatsmäßigen Aufgaben in dem Land uneingeschränkt zu operieren.

Der Sicherheitsrat erkennt den Beitrag burundischer Friedenssicherungskräfte an, die in Friedenssicherungseinsätzen unter der Leitung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union tätig sind, und erklärt erneut, wie wichtig es ist, die Standards der Vereinten Nationen einzuhalten.

Der Sicherheitsrat fordert die Regierung Burundis nachdrücklich auf, den Dialog mit den internationalen Partnern, insbesondere mit den Vereinten Nationen, auf konstruktive Weise und auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens wiederaufzunehmen. Er bekundet dem Generalsekretär und dessen Sondergesandtem erneut seine volle Unterstützung bei ihren Anstrengungen, mit der Regierung Burundis einen Dialog zu führen und zusammenzuarbeiten, um die derzeit festgefahrene politische Situation zu überwinden und einen alle Seiten einschließenden Aussöhnungsprozess zu fördern. Er fordert ferner den Generalsekretär und die Regierung Burundis auf, das Abkommen über die Rechtsstellung der Mission für das Büro des Sondergesandten rasch fertigzustellen und durchzuführen, um mit der Regierung Burundis und anderen beteiligten Parteien bei der Förderung des innerburundischen Dialogs unter der Leitung der Ostafrikanischen Gemeinschaft und in den Bereichen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zusammenzuarbeiten, mit allen an der Krise Beteiligten einen Dialog zu führen und mit allen burundischen Parteien zusammenzuarbeiten, um vertrauensbildende Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechts- und Sicherheitslage zu entwickeln und ein Umfeld zu fördern, das den politischen Dialog begünstigt. Der Sicherheitsrat begrüßt das aktive Engagement der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, die als tragfähige Plattform für den Dialog zwischen Burundi und seinen Partnern dient und einen ganzheitlichen Lösungsansatz für die politische und sozioökonomische Lage verfolgt.

Der Sicherheitsrat ist entschlossen, die Situation in Burundi auch weiterhin genau zu verfolgen.“

---